

Nikolai Huke und Olaf Tietje

Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise¹ Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus ab 2011

Die spanischen Gewerkschaften sind vor dem Hintergrund der Eurokrise in einer schwierigen Situation. In vielerlei Hinsicht zeigt diese die Herausforderungen gewerkschaftlicher Politik in der Europäischen Union (EU) insgesamt. Infolge von Outsourcing, globaler Standortkonkurrenz und wachsender ‚atypischer‘ Beschäftigung verschlechterten sich die Bedingungen klassischer Gewerkschaftspolitik (vgl. Gago 2013; Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: 29): Während die ökonomische Krise und ihre austeritätspolitische Bearbeitung die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften im Betrieb, aber auch auf staatlicher Ebene bzw. im sozialen Dialog stark einschränkte und Mobilisierungen auf der Straße kaum noch Auswirkungen zeigten, verschärften sich der Alltag und die Prekarität der Lohnabhängigen. Ein basisdemokratischer Protestzyklus infolge der Platzbesetzungen der Bewegung 15M² verstärkte die Legitimitätskrise der als bürokratisch und institutionalisiert wahrgenommenen Gewerkschaften. Viele Mitglieder sahen in den Gewerkschaften vor allem einen Dienstleister im Umgang mit Arbeitskonflikten und begriffen sich selbst nur begrenzt als Teil der Organisation.

Auf die Herausforderungen folgten gewerkschaftliche Neuorientierungen im Spannungsverhältnis zwischen Solidarität, Kooptierung und alltäglichen Organisierungsprozessen (vgl. Clua-Losada/Horn 2014: 108). Exemplarisch skizzieren wir diese im Folgenden an den Protesten der sogenannten *marea verde* („grüne Flut“) im Bildungsbereich sowie der *marea blanca* („weiße Flut“) gegen die Privatisierung von Kliniken in Madrid und der veränderten Rolle linksradikaler Basisgewerkschaften wie der andalusischen SAT.³

-
- 1 Für viele wertvolle Kommentare zu einer früheren Version des Textes bedanken wir uns bei Nele Dunsing, Fabian Georgi, Tobias Haas und Julia Lux.
 - 2 15M steht für die Bewegung 15. Mai, dem Tag, an dem 2011 in ganz Spanien Proteste stattfanden, aus denen sich die Bewegung schließlich konstituierte.
 - 3 SAT, Sindicato Andaluz de Trabajador@s, andalusische Arbeiter_innengewerkschaft.

1. Die Krise als Herausforderung für die spanischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaftslandschaft bzw. das System der industriellen Beziehungen in Spanien ist von zwei großen Mehrheitsgewerkschaften (CCOO und UGT⁴) geprägt, die bei den Wahlen zu Betriebskomitees gemeinsam einen Anteil von über 70 Prozent erreichen und in der Regel als Aktionseinheit agieren. Kennzeichnend sind darüber hinaus in einigen Regionen (u.a. in Andalusien oder im Baskenland) starke regionale Gewerkschaften. Hinzu kommen kleinere Gewerkschaften wie die christlich geprägte USO,⁵ zahlreiche radikale Minderheitsgewerkschaften (u.a. CNT, CGT⁶) sowie berufsständische Verbände (vgl. Baylos 2012: 84ff.; Köhler/Calleja Jiménez 2014: 371). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad lag 2010 bei 18,9 Prozent, wobei der öffentliche Dienst mit 31 Prozent doppelt so stark organisiert war wie der private Sektor (15,1%) (vgl. Beneyto 2012: 123). Vergleichsweise niedrig ist der Organisationsgrad von Frauen, jungen Beschäftigten, Immigrant_innen sowie Hochqualifizierten. Seit 2008 zeichnet sich durch die Veränderungen in der spanischen Erwerbsbevölkerung allerdings eine leichte Verschiebung und Zunahme sich organisierender Frauen ab (vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2013: 4). Die Tarifabdeckung ist durch eine Allgemeinverbindlichkeitsregel noch hoch und liegt bei etwa 80 Prozent aller Beschäftigten, weil Tarifverträge für alle Betriebe des gelten, unabhängig von der Mitgliedschaft im jeweiligen Arbeitgeberverband. Im Gegensatz zu Deutschland ist das Streikrecht nicht an die Gewerkschaften gebunden, sondern als kollektiv ausgeübtes und individuelles Grundrecht etabliert. Die Politik der sogenannten repräsentativen Gewerkschaften⁷ ist durch eine starke institutionelle Einbindung in politische Verhandlungsprozesse auf unterschiedlichen Ebenen (national, regional, lokal, sektoral) und tripartistische Sozialpakete gekennzeichnet (vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2014). Die Anzahl der Streiktage ist hoch, wobei sich Tendenzen der Ritualisierung (u.a. Verkürzung der Streikdauer) und Tertiarisierung

4 CCOO, Comisiones Obreros, Arbeiterkommissionen und UGT, Union General de Trabajadores, Allgemeine Arbeitergewerkschaft sind die beiden tendenziell sozialdemokratisch orientierten Mehrheitsgewerkschaften Spaniens.

5 USO, Union Sindical Obrera, gewerkschaftliche Arbeiterunion.

6 CNT, Confederación Nacional de Trabajo, Nationale Arbeitskonföderation und die 1979 aus ihr hervorgegangene stärker reformistisch geprägte CGT, Confederación General de Trabajo, Allgemeine Arbeitskonföderation.

7 Damit sie als repräsentativ gelten, müssen Gewerkschaften über 15 Prozent der Stimmen bei den Wahlen zu den Betriebskomitees auf Ebene der autonomen Regionen oder 10 Prozent auf nationaler Ebene erreichen.

(Verlagerung in den Dienstleistungsbereich) von Streiks beobachten lassen (vgl. Luque Balbona 2013).

Vor diesem Hintergrund standen die Gewerkschaften in der Krise einer Reihe von Problemen gegenüber: *Erstens* schwächten die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung und die steigende Arbeitslosigkeit im Kontext globaler und europäischer Standortkonkurrenz unmittelbar die Verhandlungsposition der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene. Die Mitgliederzahlen und der Organisationsgrad gingen zurück, u.a., weil Arbeitslosigkeit gleichbedeutend mit einem Ende klassischer Gewerkschaftsmitgliedschaft ist (vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2013: 4). Hinzu kam, dass es den Gewerkschaften weiterhin nicht gelang, in informellen, prekären und umstrukturierten Arbeitsfeldern zu organisieren (ebd.: 4ff.). Einige von Schließungen oder massivem Personalabbau bedrohte Belegschaften verlagerten ihre gewerkschaftlichen Kämpfe vom Betrieb in den öffentlichen Raum.⁸ Vor allem die Werke der großen Automobilkonzerne verfolgten „eine Strategie der Konzessionsverhandlungen, um dadurch im internationalen konzerninternen Standortwettbewerb neue Modelle zu bekommen und ihre Arbeitsplätze (häufig auf Kosten anderer Werke in anderen Ländern) zu sichern“ (Köhler/Calleja Jiménez 2014: 374).

Zweitens ging mit dem austeritätspolitischen Krisenmanagement eine fundamentale Veränderung der industriellen Beziehungen in Spanien einher, die die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit weiter verschob. Der Kündigungsschutz wurde drastisch reduziert, die Arbeitsverhältnisse zugunsten des Kapitals flexibilisiert, ein Vorrang betrieblicher Tarifvereinbarungen verankert und die Nachwirkungsfrist von Tarifverträgen eingeschränkt (vgl. Haas/Huke 2015). Während sich die Reformen zwischen den Zentralregierungen der PSOE⁹ und der PP¹⁰ vor allem in ihrer Radikalität unterschieden, lässt sich bezüglich der Form ihrer Durchsetzung der Übergang von einem „staatlichen Dirigismus mittels der Tarifverhandlungsprozesse [...] zu einer direkten und imperativen Gestaltung der Prozesse“ (González Ortega 2012: 119, Übers: d. Verf.) beobachten.

Drittens reduzierte die autoritäre Verhärtung des spanischen Staatsapparateensembles im Kontext des europäischen Krisenmanagements den Einfluss der Gewerkschaften auf institutioneller Ebene und im Rahmen des sozialen Dialogs. Während die Zentralregierung der PSOE in der Krise auf eine sozialpartnerschaftliche Aushandlung der Politik setzte und dies mit der Androhung

8 Ein spektakuläres Beispiel hierfür sind die militanten Auseinandersetzungen, mit denen sich 2012 die Minenarbeiter gegen Schließungen und Subventionskürzungen zur Wehr setzten.

9 PSOE, Partido Socialista Obrero Español, die spanische sozialistische Arbeiterpartei.

10 PP, Partido Popular, die Volkspartei.

kombinierte, bei einem Scheitern Notstandsverordnungen zu implementieren, war für die Regierung der PP ein unmittelbar konfrontativer Stil kennzeichnend, der sich über bestehende Abkommen der Tarifvertragsparteien hinwegsetzte (vgl. Haas/Huke 2015). Weitreichende gewerkschaftliche Zugeständnisse im Rahmen der im sozialen Dialog ausgehandelten Rentenreform (2011) und bei den Rahmenabkommen zur kollektiven Verhandlung von Tarifverträgen (2012) führten dazu, dass die gesellschaftliche Anerkennung der Gewerkschaften weiter sank.

Viertens wurden gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten dadurch eingeschränkt, dass der öffentliche Sektor und die sozialen Sicherungssysteme weiter abgebaut, die Sparpolitiken rechtlich verankert und Proteste kriminalisiert und die Renten, das Arbeitslosengeld und andere soziale Unterstützungsleistungen gekürzt wurden. Auch die Entgelte im öffentlichen Dienst wurden reduziert und die Regierung veranlasste einen rigorosen Stellenabbau, privatisierte Staatsbetriebe und ließ Beschäftigte in den privaten Sektor auslagern. Die europäischen Defizit- und Schuldenkriterien wurden in der spanischen Verfassung festgeschrieben und auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bürokratisch verankert. Schließlich wurden unter der Regierung der PP Gesetzesvorschläge initiiert, die auf eine Einschränkung und Kriminalisierung der Aktionen von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften abzielten (ebd.; vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2014: 376).

Fünftens stellten neue soziale Bewegungen den Anspruch der Gewerkschaften infrage, die legitime Vertretung der Lohnabhängigen zu sein. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war 2011 die Bewegung 15M, die sich vor allem aus Akademiker_innen in prekären Lebensverhältnissen zusammensetzte. Radikalen Aktionsformen – etwa der Besetzung öffentlicher Plätze – und Slogans wie „Echte Demokratie jetzt!“ brachen mit der Kultur des sozialen Dialogs, die die Phase seit dem Immobilienboom kennzeichnete (vgl. Baylos 2012: 143). Entscheidend war, dass sich im Zuge der Bewegung soziale Protestformen verallgemeinerten, die zuvor nur die radikale Linke praktizierte. Basisdemokratische Vollversammlungen auf zentralen Plätzen und in den Stadtteilen, Aneignung und Selbstorganisation (etwa von Wohnraum und sozialen Zentren), Mobilisierungen auf der Straße oder der Anspruch, alltägliche Auseinandersetzungen ausgehend von einer Politik der ersten Person kollektiv zu lösen, fanden nun massenhaften Zuspruch (vgl. Espinar/Abellán 2012).

Nach dem sich noch 2011 abzeichnete, dass die Bewegung abflaute, setzte sich die Normalisierung radikaler Politik unter anderem in den Kämpfen um Wohnraum fort. Die Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH¹¹) entwickelte

11 PAH, Plataforma de los Afectados por la Hipoteca, ist die plataforma, die Widerstand gegen die unzähligen Zwangsräumungen aus Wohnungen und Häusern in Spanien organisiert.

sich im Zuge von 15M und der neuen Alltäglichkeit von Zwangsräumungen und Hypothekenschulden infolge der Krise von einer kleinen regionalen Organisation zu einer der größten und erfolgreichsten sozialen Bewegungen in Spanien. Ihre Organisations- und Aktionsformen ähnelten Praktiken der Bewegung 15M: Vollversammlungen, kollektive Beratung, individuelle Wohnraumprobleme, ziviler Ungehorsam zur Verhinderung von Zwangsräumungen, Hausbesetzungen. Die PAH besaß eine breitere soziale Basis als 15M, da sie eine Selbstorganisation von Hypothekenbetroffenen erreichte, d.h. derjenigen, die infolge der Krise nicht mehr in der Lage waren, ihre Hypothekenschulden zu begleichen. Ähnliche Organisationsstrukturen, wenn auch weniger massenwirksam, entwickelten sich in den Auseinandersetzungen um öffentliche Infrastruktur – etwa im Bildungs- oder Gesundheitsbereich (s.u.). Deshalb kann die Entwicklung in Spanien als Protestzyklus bezeichnet werden.

Das Verhältnis der Bewegungen zu den (Mehrheits-)Gewerkschaften bewegte sich zwischen Ablehnung, Indifferenz, entrüstischen Strategien und dem Versuch, sie durch Basisorganisationen zu umgehen bzw. unter Druck zu setzen (s.u.; vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2013: 15). Für die spanischen Gewerkschaften ergab sich daraus ein strategisches Dilemma zwischen „der Einbindung in die teils delegitimierte Institutionen aus der Zeit vor der Krise und einer glaubwürdigen Beteiligung an der Protestbewegung“ (Köhler/Calleja Jiménez 2014: 369).

2. Gewerkschaftliche Erneuerung infolge der Krise¹²

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Herausforderungen entstehen in der Krise Momente gewerkschaftlicher Erneuerung, die Möglichkeiten bieten, perspektivisch gewerkschaftliche Handlungsmacht zurückzugewinnen. Als produktiv erweist sich insbesondere die Herausforderung durch die Bewegung 15M und die damit verbundene Auseinandersetzung mit wenig in gewerkschaftlichen Zusammenhängen tradierten Instrumenten des Protests bzw. des Arbeitskampfes (vgl. Köhler/Calleja Jiménez 2013: 16f.).

12 Grundlage der Fallstudien sind narrative Interviews mit Aktivist_innen, die von den Autoren zwischen 2012 und 2014 geführt wurden. Ergänzend wurden die einschlägigen Artikel der Zeitungen *El País* und *Periodico Diagonal* analysiert und in die Rekonstruktion der Bewegungen einbezogen.

3.1 Escuela Pública de tod@s y para tod@s¹³: die marea verde

Bereits 2011 entwickelte sich ausgehend von Madrid eine Protestbewegung, die sogenannte *marea verde*, benannt nach ihren grünen T-Shirts mit der Forderung nach einer öffentlichen Schule von allen für alle, die sich gegen die Folgen der Austeritätspolitik im Bildungsbereich wendete. Auslöser war die Erhöhung der Unterrichtsstunden für Lehrende sowie die Entlassung von 3.000 Aushilfslehrer_innen durch die Madrider Regionalregierung. Im weiteren Verlauf der Krise wurden spanienweit die Klassengrößen und die zu leistenden Unterrichtsstunden erhöht. Die Wartezeit, bevor Vertretungslehrer_innen eingesetzt werden konnten, wurde verlängert. Die Studiengebühren an Universitäten stiegen deutlich an, während die Zugangsmöglichkeiten zu Stipendien beschränkt wurden. Insbesondere durch das „Ley Wert“ (LOMCE)¹⁴ vom Dezember 2013 fand eine neoliberale Umstrukturierung des Bildungssystems statt. Der Wettbewerb zwischen Schulen sowie Selektions- und Separationsmechanismen innerhalb des Bildungssystems wurden intensiviert, interne demokratische Verfahren abgebaut und die Rolle des Direktoriums gestärkt. Darüber hinaus wurde bei Schulbussen, -büchern und -essen gespart. Weitgehend ausgenommen von den Kürzungen blieben halbstaatliche Schulen, wodurch sich schleichende Privatisierungstendenzen innerhalb des Bildungssystems verstärkten. Infolge dessen werden perspektivisch jene „Teile der Bevölkerung, die im letzten halben Jahrhundert Zugang gefunden hatten, erneut von der öffentlichen Bildung ausgeschlossen“ (El País 27.05.2012, Übers.: d. Verf.).

Als Reaktion auf die Kürzungen fanden im Sommer 2011 in Madrid Vollversammlungen der Lehrkräfte statt, die teils von den Gewerkschaften einberufen, teils von der Bewegung 15M inspiriert wurden. Rasch entfaltete sich eine Eigen-dynamik. In den einzelnen Schulen und auf regionaler Ebene etablierte sich ein Netz aus kontinuierlich arbeitenden Vollversammlungen, an denen sich nicht nur Beschäftigte, sondern – in geringerem Umfang – auch Schüler_innen sowie Eltern beteiligten (vgl. Sánchez 2013):

In einigen Regionen haben sich auch Eltern und Schüler stark beteiligt. In Madrid, ja. In anderen Regionen muss man sagen war die Beteiligung schwächer. Die Beteiligung von Eltern und Schülern war [...] vor allem in konkreten Momenten wichtig, in denen es eine starke mobilisierende Euphorie gab weil [...] zum Beispiel [...] im Parlament das erste Mal über die Annahme [des LOMCE] abgestimmt wurde [...]. Also an solchen Tagen gab es

13 Spanisch für: eine öffentliche Schule von allen für alle.

14 Polemische, auf den Namen des verantwortlichen Politikers bezogene Umbenennung im Volksmund des LOMCE, Ley Orgánica para la Mejora de la Calidad Educativa, Grundgesetz zur Verbesserung der Ausbildungsqualität: Ley Orgánica 8/2013.

mehr Beteiligung in den Vollversammlungen. An anderen Tagen war die Beteiligung geringer (Interview STES, Madrid, 18.03.2014, Übers.: d. Verf.)

Darüber hinaus gründeten sich „plataformas“, in denen CCOO und UGT, radikalere Minderheitsgewerkschaften wie die Bildungsgewerkschaft STEM,¹⁵ der trotzkistisch geprägte Studierendenverband „sindicato de estudiantes“ sowie Elternverbände und Nachbarschaftsvereinigungen ihre Politik koordinierten. Der gewerkschaftliche Umgang mit den Vollversammlungen war relativ instrumentell, die dort getroffenen Entscheidungen nahmen die Gewerkschaften nicht als politisch bindende Aufträge an. Stattdessen bestimmten Skepsis und innergewerkschaftliche Organisationslogiken das Verhältnis vor allem der Mehrheitsgewerkschaften zu den neuen, basisdemokratischen Strukturen: „Vollversammlungen, ja. [...] Um Vorschläge zu machen. Aber die Entscheidungen werden dann innerhalb der Gewerkschaft getroffen“ (Interview STES, Madrid, 18.03.2014, Übers.: d. Verf.). Gleichzeitig waren die Vollversammlungen teils

von der nicht-gewerkschaftlichen oder anti-gewerkschaftlichen Grundstimmung geprägt, die auch die Bewegung 15M durchzogen hatte [...] Nach und nach haben sich die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Vollversammlungen verbessert, weil der antigewerkschaftliche Diskurs zurückgedrängt werden konnte [...] [und] sichtbar wurde [...] wozu Gewerkschaften nützlich sind (Interview USTEA, Sevilla, 13.11.2013, Übers.: d. Verf.)

Weitreichendere Planungen für Proteste, die in den basisdemokratischen Strukturen entstanden, wurden von gewerkschaftlicher Seite teilweise ausgebremst, was Spannungen zwischen Vollversammlungen und den großen Gewerkschaftsverbänden zur Folge hatte. So sprachen sich die Vollversammlungen in Madrid zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 mehrheitlich für einen dauerhaften Streik an drei Tagen pro Woche aus, eine Forderung, die CCOO, UGT und STEM in dieser Form nicht mittrugen, auch um die Aktionseinheit mit den konservativen Gewerkschaften ANPE¹⁶ und C-SIF¹⁷ zu sichern, die der „marea verde“ eher distanziert gegenüberstanden. Dennoch ging von den Vollversammlungen eine dynamisierende Wirkung aus und zwischen September und November 2011 fanden immer wieder Streik- und Aktionstage statt.

Auch an den Universitäten entstanden aus der Bewegung 15M teilweise Status übergreifende Vollversammlungen. Im November 2011 kam es in mehreren Regionen zu Streiks der Studierenden, deren Initiator_innen betonten, dass

15 STEM, Sindicato de Trabajadores de la Enseñanza de Madrid, Gewerkschaft der Lehrenden aus Madrid.

16 ANPE, Asociación de los Profesionales de la Enseñanza, Nationaler Zusammenschluss der professionell Lehrenden.

17 C-SIF, Central Sindical Independiente y de Funcionarios, zentrale Gewerkschaft für Selbständige und im öffentlichen Dienst tätige.

diese aus den Vollversammlungen und losgelöst von den eher gemäßigten bzw. auf Beteiligung aller Gewerkschaften abzielenden Mehrheitsgewerkschaften entstanden. Die aktive Beteiligung an den universitären Vollversammlungen blieb jedoch eher gering.

Nachdem die Protestdynamik der „*mare verde*“ Ende 2011 in Madrid abflaute, führten 2012 und 2013 Änderungen in den Gesetzgebungen zur universitären und außeruniversitären Bildung,¹⁸ das LOMCE sowie regionale Kürzungsprogramme zu einer Ausweitung der „*mare verde*“ auf andere Regionen. Am 22. Mai 2012 fand ein landesweiter Generalstreik im Bildungsbereich statt, der nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den Organisationen der Schüler_innen bzw. Studierenden und erstmalig auch den Elternverbänden mitgetragen wurde (vgl. Gago 2013: 1092). Ausschlaggebend für die erfolgreiche Mobilisierung war vor allem die hohe Beteiligung von Schüler_innen sowie Studierenden. Neben den universitären Vollversammlungen kam dem „*sindicato de estudiantes*“ eine zentrale Stellung zu. Ermöglicht wurden die gemeinsamen Proteste durch die offensive Schock- bzw. Konfrontationsstrategie der seit November 2011 regierenden rechtskonservativen PP, durch die die Mehrheitsgewerkschaften gezwungen waren, stärker auf Mobilisierungen statt auf institutionellen Einfluss zu setzen. Entsprechend mobilisierten alle fünf (s.o.) Gewerkschaften im Bildungsbereich zu den Protesten. In zahlreichen Regionen fanden Mobilisierungen nach dem Vorbild der „*mare verde*“ in Madrid statt, die nicht nur Demonstrationen und einzelne Streiktage, sondern auch temporäre Besetzungen – *encierros*¹⁹ – umfassten, die als Räume der Kommunikation zwischen Eltern, Schüler_innen sowie den Beschäftigten fungierten. Die Beteiligung an Streiktagen, zu denen nur basisdemokratische Vollversammlungen und einzelne Minderheitsgewerkschaften aufriefen, blieb gering. Nach der Verabschiedung des LOMCE Ende 2013 ging die Beteiligung an Bildungsprotesten zunächst zurück.

Auf den Balearen traten die Lehrkräfte zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 in einen dreiwöchigen Streik. Sie protestierten gegen die Kürzungen im Bildungsbereich und das Dekret zur „integrierten Behandlung der Sprachen“ (TIL).²⁰ Das Dekret verordnete unilateral und im Eilverfahren, den bis dato zu über 80 Prozent auf Katalanisch stattfindenden Unterricht künftig dreisprachig (katala-

18 Vgl. RDL 14/2012.

19 Bei den sogenannten *encierros* (Einschlüsse, Übers.: d. Verf.) schließen sich eine größere Anzahl von Aktivist_innen in den jeweils zu bestreikenden Gebäuden ein und lähmen bzw. verändern darüber deren Funktionalität. Diese Praktik wird vor allem von Bewegungen bzw. bewegungsnahen Gruppen und radikalen Minderheitengewerkschaften angewandt.

20 TIL, Tratamiento Integral de Lenguas.

nisch, spanisch, englisch) abzuhalten. Die Streiks resultierten aus gescheiterten Versuchen der 2013 gegründeten *assemblea de docents*,²¹ mit der regierenden PP zu verhandeln. Die *assemblea* setzte sich mit Folgen der Regierungspolitik, aber auch konkreten alltäglichen Problemen in den einzelnen Bildungseinrichtungen auseinander. Organisatorisch stützte sie sich auf kontinuierliche, basisdemokratische Vollversammlungen und die Kommunikation über soziale Medien und Mailinglisten (vgl. Riutort Serra 2014: 831). An der regionalen Koordinationsstruktur waren neben Delegierten der lokalen Vollversammlungen auch Gewerkschafter_innen beteiligt. Dem Streik schlossen sich die Gewerkschaften CCOO, UGT und STEI an, ohne den Streikaufruf formal zu unterzeichnen (vgl. López Vizueté 2013). In der Folge oblag die Streikführung der *assemblea de docents*. Sie richtete eine Streikkasse mit etwa 600.000 Euro ein, die unter anderem durch Solidaritätsaktionen von Kulturbeschäftigten eingeworben wurden, zu denen über das Netzwerk *La Crida*²² ein enger Kontakt bestand (vgl. Riutort Serra 2014: 834f.).

Bezogen auf gewerkschaftliche Erneuerung in der Krise war die *marea verde* mehrfach relevant: *Erstens* ermöglichten es die basisdemokratischen Vollversammlungen, individuelle Probleme in kollektive Forderungen zu übersetzen und so Beschäftigte zu aktivieren (vgl. Espinar/Abellán 2012). *Zweitens* gelang es erfolgreich, Kämpfe um Privatisierung und neoliberale Umstrukturierung nicht (nur) als Arbeitskämpfe, sondern als Kämpfe um *Commons* zu führen, was relativ gleichberechtigte „producer-user-community alliances“ (Albo 2012: 20) ermöglichte, d.h. kollektive Proteste und Plattformen der Zusammenarbeit von Schüler_innen und Studierenden, deren Eltern sowie den Beschäftigten. *Drittens* ergaben sich aus der kollektivierenden Wirkung unkonventioneller Protestformen Möglichkeiten eines „Organisieren[s] am Konflikt“ (Dribbusch 2011: 231). Die Dynamiken der *marea verde* zeigten auch Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Erneuerung auf. So ließen sich die basisdemokratischen Formen von M15 nicht immer mit gewerkschaftlichen Organisationslogiken vereinbaren. Auch gelang die Organisation der Beschäftigten über Vollversammlungen nur temporär; eine von den (Mehrheits-)Gewerkschaften unabhängige Mobilisierungsfähigkeit entwickelte nur begrenzt neue Strukturen.

21 Vollversammlung der Lehrenden.

22 La Crida („der Aufruf“) a la Solidaritat en Defensa de la Llengua, la Cultura i la Nació Catalanes ist ein basisdemokratisch organisiertes Netzwerk, das sich vor allem für den Erhalt des Katalan als Sprache und Kultur einsetzt.

2.2 Yo Sí, sanidad universal:²³ die „marea blanca“

Auch das spanische Gesundheitssystem wurde mit austeritätspolitischem Vorzeichen grundlegend restrukturiert. Mit dem Real-Decreto Ley (RDL) 16/2012 knüpfte die Regierung die zuvor universelle Gesundheitsversorgung an Beiträge zur Sozialversicherung und etablierte einen lediglich ergänzenden Anspruch für Ehepartner_innen sowie Kinder bis 26 Jahre. Illegalisierte Migrant_innen wurden dadurch größtenteils ausgeschlossen, ebenso diejenigen über 26 Jahre, die aufgrund von Arbeitslosigkeit noch nie in die Sozialversicherung eingezahlt haben (vgl. Gallo/Gené-Badia 2013: 3).²⁴

Kürzungen und Umverteilungen von Mitteln aus dem öffentlichen in den privaten Gesundheitssektor verschärfen die Unterfinanzierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Die Ausgaben der Zentralregierungen für Gesundheitsversorgung sanken 2012 um 13,7 Prozent und 2013 um 22,6 Prozent, die (im Gesundheitsbereich relevanteren) Regionalregierungen sparten zwischen 2010 und 2013 5 Prozent ein. Private Zuzahlungen zu Medikamenten wurden ausgeweitet, infolge dessen ging die Zahl der verkauften Medikamente um 10 Prozent zurück (vgl. Gallo/Gené-Badia 2013). Gesundheitszentren in Stadtvierteln wurden geschlossen, die Öffnungszeiten eingeschränkt und das medizinische Personal abgebaut. Behandlungen verzögerten sich durch die Kürzungen, in Katalonien stieg die Anzahl der Personen auf Wartelisten zwischen 2010 und 2011 um 43% an (vgl. Legido-Quigley et al. 2013: 2). Die Regionalregierung der PP in Madrid beschloss im Sommer 2012 die Privatisierung von sechs Krankenhäusern und 27 Gesundheitszentren. Depressions- und Angsterkrankungen nahmen infolge der Krise zu, die Suizidrate erhöhte sich. Zentrale Risikofaktoren waren Arbeitslosigkeit und Hypothekenschulden (vgl. Gili et al. 2013).

Aus Protest gegen die Privatisierungspläne der Regionalregierung in Madrid, die etwa eine Million Menschen betroffen hätten, einigten sich die Mehrheitsgewerkschaften und Berufsgenossenschaften (Satse, Amyts) des Gesundheitsbereichs in Madrid erstmals auf einen gemeinsamen Aktionsplan. Neben Streiktagen im November und Dezember 2012 kam es zu zahlreichen *encierros* in Krankenhäusern sowie massiven Demonstrationen (vgl. Gago 2013: 1097f.). Wie im Bildungsbereich reflektiert diese Entwicklung die erzwungene Radikalisierung der Gewerkschaften durch die Konfrontationsstrategie der ab November 2011 regierenden PP bzw. der Regionalregierungen der PP. Wie Julián Ezquerro von

23 Ich bin für eine öffentliche Gesundheitsversorgung, angeglichen Übers.: d. Verf.

24 Nach Protesten wurde die Möglichkeit eingeführt, sich durch individuelle Beiträge freiwillig zu versichern. Für Illegalisierte bestehen nur im Falle einer Schwangerschaft, Minderjährigkeit und akuten Notfällen Möglichkeiten einer Gesundheitsversorgung.

der Gewerkschaft der Mediziner_innen (Amyts) erklärt, ist „durch die Unmöglichkeit eines Dialogs der Streik das einzige Mittel das uns übrigbleibt“ (zit. in Gago 2013: 1098, Übers. d. Verf.). Dynamisiert wurden die Proteste durch ein Netz basisdemokratischer Vollversammlungen in den einzelnen Krankenhäusern nach dem Vorbild der Bewegung 15M sowie der *marea verde*. Die Bewegung

entstand spontan in den sechs Krankenhäusern, die sie in Madrid [...] per Dekret zu privatisieren versuchten. In diesen sechs Krankenhäusern versammelte sich spontan ein Teil der Fachkräfte [...] und daraus entstand dann die Plattform [P.A.T.U. Salud²⁵] auf eine sehr spontane Art und sehr von den Beschäftigten aus. Nach einiger Zeit waren es nicht mehr nur Beschäftigte sondern vor allem Bürger, Nutzer [die sich an den Vollversammlungen beteiligten]. (Interview P.A.T.U. Salud, Madrid, 20.03.2014, Übers.: d. Verf.)

Über die diskursive Rahmung von Gesundheit als Gemeingut sowie eine primär defensive Ausrichtung der Kämpfe gelang es den Vollversammlungen in den Krankenhäusern, ein breites politisches Spektrum zu organisieren, das bis zu Unterstützer_innen der PP reichte. Dabei konnte die Bewegung auf eine hohe Zustimmung für eine öffentliche Gesundheitsversorgung in der Bevölkerung aufbauen (vgl. Pastor Verdú 2013: 234f.).

Für die juristischen Auseinandersetzungen um die Privatisierungen spielte darüber hinaus die Fachärztereinigung AFEM²⁶ eine wichtige Rolle. Als Koordinationsplattform installierten die beteiligten Gruppen und Einzelpersonen einen runden Tisch zur Verteidigung der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Madrid (MEDSAP²⁷), an dem neben Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften auch die Vollversammlungen, Nachbarschaftsvereinigungen sowie Plattformen der Bewegung 15M beteiligt waren. Gestoppt wurde die Privatisierung in Madrid schließlich durch eine Klage von AFEM, die sich gegen Unregelmäßigkeiten im Privatisierungsprozess wandte. Die Regionalregierung der PP in Madrid gab das Projekt daraufhin auf und reagierte damit auf den enormen öffentlichen Druck, den die *marea blanca* zehn Monate aufrechterhalten konnte – u.a. durch eine Unterschriftensammlung mit über 929.000 Unterschriften gegen die Privatisierung sowie Streiks, *encierros* und Massendemonstrationen. Gleichzeitig setzte die Regionalregierung ihre Politik der schleichenden Privatisierung fort, etwa indem die Reinigungskräfte ausgelagert wurden.

25 P.A.T.U. Salud, Plataforma Asamblearia de Trabajador@s y Usuari@s por la sanidad pública de la Comunidad de Madrid y en contra de la privatización, Vollversammlungsplattform der Arbeiter_innen und Nutzer_innen für eine öffentliche Gesundheitsversorgung Madrid und gegen deren Privatisierung.

26 AFEM, Asociación de Facultativos Especialistas de Madrid, Zusammenschluss der fakultativen Spezialisten Madrid.

27 MEDSAP, Mesa en Defensa de la Sanidad Pública de Madrid, Runder Tisch zur Verteidigung der öffentlichen Gesundheitsvorsorge Madrid.

Die Vereinigung der Hausärzt_innen (SEMFYC)²⁸ rief aus Protest gegen das *RDL 16/2012* und in Verteidigung der universellen Gesundheitsversorgung sowie insbesondere gegen den Ausschluss von Illegalisierten zum zivilen Ungehorsam auf. Infolgedessen erklärten über 1.300 Ärzt_innen, das Dekret aus Gewissensgründen nicht beachten zu wollen, ungeachtet juristischer Konsequenzen. Zudem verweigerten zahlreiche Regionen die Umsetzung des Dekrets (vgl. Gallo/Gené-Badia 2013: 3f.; Legido-Quigley et al. 2013: 2f.). Über die Kampagne *Yo Sí, Sanidad Universal* wurde der Aufruf zu zivilem Ungehorsam fortgesetzt. Darüber hinaus wurden Kampagnen zur Sichtbarmachung der sozialen Folgen des Dekrets initiiert.

Die *marea blanca* weist bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Erneuerung weitgehende Parallelen zur *marea verde* auf. Gegenüber den Bildungsprotesten spiegelt sich im Gesundheitsbereich jedoch die 2012 erfolgte Annäherung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wider, die eine produktive Kooperation erleichterte und Auseinandersetzungen minimierte, beispielsweise über die Einbeziehung von Plattformen der Bewegung 15M im MEDSAP. Das Moment des zivilen Ungehorsams ist stärker ausgeprägt – insbesondere durch *Yo Sí Sanidad Universal*. Die erfolgreiche Mobilisierung einer eher konservativen Belegschaft zeigt exemplarisch die Veränderung des politischen Klimas durch die Bewegung 15M auf. Während die Mobilisierungen auf der Straße wie schon zuvor im Bildungsbereich kaum in der Lage waren, den Staatsapparaten Zugeständnisse abzurufen, zeigt der Erfolg von AFEM, dass ziviler Ungehorsam gepaart mit juristischen Strategien Räume öffnen können, um austeritätspolitische Maßnahmen auszuhebeln bzw. zu verhindern. Das Beispiel der Proteste gegen die Privatisierungen in Madrid verdeutlicht demgegenüber die Schwierigkeiten, über basisdemokratische Mobilisierungen gegen andauernde Dynamiken – wie Outsourcing und Unterfinanzierung – jenseits großer, auch medial präsenter Privatisierungsprojekte zu mobilisieren.

2.3 Gewerkschaft und (in) Bewegung?: *Sindicato Andaluz de Trabajador@s*

Momente gewerkschaftlicher Erneuerung entstanden in Spanien jedoch nicht nur in den Kämpfen um öffentliche Infrastruktur. Sie wurden auch in einer Revitalisierung basisdemokratischer Minderheitsgewerkschaften sichtbar, wie im Folgenden exemplarisch an der SAT gezeigt wird.

Die SAT ging aus der 1976 gegründeten Gewerkschaft für Landarbeiter_innen (SOC) hervor (vgl. Sanz Alcántara 2013: 35), diese konstituierte sich im

28 SEMFYC, Sociedad Española de Medicina de Familia y Comunitaria, spanische Gemeinschaft der Haus- und Allgemeinärzt_innen.

Übergang zur Demokratie (*transición*) nach dem Tod des Diktators Francisco Francos 1975. Die SOC entwickelte sich als Vertretung der Landarbeiter_innen zur größten Gewerkschaft in Andalusien (vgl. Sanz Alcántara 2013: 35). Ihre erste Gewerkschaftsleitung war aus einer maoistischen Abspaltung von der kommunistischen Partei Spaniens (PCE²⁹) hervorgegangen und organisierte sowohl anarchosyndikalistische als auch von basisdemokratischen Ideen einer Kirche von unten beeinflusste Aktivist_innen. Der parlamentarische Flügel der SOC, die CUT³⁰, stellt seit ihrer Gründung 1979 in vielen andalusischen Dörfern Abgeordnete und in Marinaleda, einem genossenschaftlich verwalteten Dorf, den Bürgermeister. Entsprechend wollte die SOC und will die SAT auch Teil der parlamentarischen Vertretung in Andalusien sein. Mit dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft 1986 fand eine Verschiebung des Schwerpunktes von der Landarbeit zum Baugewerbe statt. Auf diese Prozesse reagierten sie, indem sich die SOC 2007 mit weiteren regionalen Gewerkschaften und autonomen Gruppen von Arbeiter_innen zusammenschloss und die SAT gründete (vgl. Sanz Alcántara 2013: 34, 36).

In einer möglichst basisdemokratisch und über Vollversammlungen agierenden Struktur setzt die SAT auf eine Organisierung aller Arbeiter_innen, unabhängig davon, ob ihre Mitglieder einer festen Lohnarbeit nachgehen oder gültige Papiere haben. Miguel Sanz Alcántara, der bis 2012 Koordinator der SAT in Sevilla war, kommentierte diese Ausrichtung wie folgt:

Aber dies ist eine Sache, die für die Gewerkschaften von besonderer Bedeutung ist und nicht bloß eine strategische Entscheidung. Es ist eine politische Entscheidung, wohin wir den Kampf ausrichten. Es ist so, dass die Krise immer mehr Entlassungen produziert und [...]: Es kommen immer mehr Menschen zu uns, die nun in keiner Firma mehr beschäftigt sind (Interview SAT, Hamburg/Sevilla, 25.08.2012, Übers.: d. Verf.)

Entsprechend stößt die SAT nicht, wie andere Gewerkschaften, an der Frage, ob jemand lohnarbeitend ist oder nicht, an die Grenzen von Organisierung. Deshalb zieht sie ein diverses Spektrum an Aktivist_innen auch aus anderen Teilen der Bewegung(en) an und kooperiert mit diesen. Besonders attraktiv wirken dabei die bewegungsnahen Aktionsformen und Entscheidungsstrukturen (vgl. Tietje/Zörner 2013).

Im Zuge der Krise traten zahlreiche Aktivist_innen der Bewegung 15M der SAT bei, die schließlich als integraler Teil des Protestzyklus fungierte. Europaweite Bekanntheit erlangte sie im Jahr 2012 mit kollektiven Aneignungsaktionen, mit der die geplünderten Supermärkte als ein Teil bzw. als Mitverantwortliche der europäischen Finanzkrise in den Blick gerückt wurden und zugleich die

29 PTE, Partido del Trabajo de España, Spanische Arbeiter_innenpartei.

30 CUT, Candidatura Unitaria de Trabajadores, Vereinte Arbeiter_innenkandidatur.

sozialen Folgen der enorm hohen Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen gesellschaftlichen Ausschluss (vgl. Precarias A La Deriva 2011: 72f.). Gleichzeitig wurden von der SAT unterschiedliche, auch ‚traditionell‘ gewerkschaftliche Aktionsformen genutzt: „was Du machen kannst sind Streiks, Besetzungen, [...] [und] die Sabotage der Maschinen“ (SAT, 25.08.2012); aber auch weitere Aktionen zivilen Ungehorsams, etwa in Form von symbolische Störaktionen vor und in den lokalen Arbeitsämtern³¹ zusammen mit der plataforma *Marcha 22M*³² oder gemeinsame Verhinderungen von Zwangsräumungen mit den Aktivist_innen der PAH. Entsprechend ihrer antikapitalistischen Ausrichtung (vgl. Sanz Alcántara 2013: 36f.) organisierte die SAT Landbesetzungen und intervenierte damit in öffentliche Diskurse um Landverteilungen, Sparmaßnahmen und Kürzungen. Die gesellschaftliche Zustimmung war dabei auch für die radikaleren Protestformen der *SAT* relativ hoch.

Die Integration von Aktivist_innen in den gewerkschaftlichen Alltag der SAT wird durch einen Organisationsansatz ermöglicht, der nicht auf bloße Betriebsgruppenarbeit fokussiert und aus historischen Gründen, der landwirtschaftlichen Orientierung, auf geografische Zusammenschlüsse setzte statt auf firmeninterne Gruppen (vgl. Sanz Alcántara 2013: 36f.):

Das impliziert, dass Du es hier nicht mit einer normalen gewerkschaftlichen Basisorganisation zu tun hast. Du hast hier nicht in jeder Firma eine gewerkschaftliche Einheit, sondern eine geografische Asamblea.³³ Dies ist entscheidend, weil es auf die heutige Zeit bezogen erlaubt, prekäre Arbeiter, die diskontinuierliche Arbeitsbeziehungen haben, die nur für kurze Zeit arbeiten, die entlassen wurden oder in Minijobs arbeiten oder nur tageweise arbeiten zu organisieren (Interview SAT, Hamburg/Sevilla, 25.08.2012, Übers.: d.Verf.)

Die SAT ist mit diesem Organisationsmodell als einzige Gewerkschaft in Andalusien in der Lage, neben irregulären bzw. informellen Arbeiter_innen auch papierlose Arbeiter_innen zu organisieren und auch Gewerkschafter_innen einzubinden. Neben den basisdemokratischen Organisationsformen ist sie von einem kleinen hauptamtlichen Apparat geprägt, in dem Sprecher_innen zwar

31 INEM, Instituto Nacional de Empleo, ist das in viele Filialen aufgegliederte nationale Institut für Beschäftigung in Spanien.

32 22M, plataforma de los marchas de la dignidad, hat sich in erster Linie im Zusammenhang der Marchas Por La Dignidad nach Madrid (22. März 2014) als relativ autonomer Zusammenhang entwickelt, in dem Aktivist_innen unterschiedlicher Spektren, unter anderem der SAT, zu einem sternenförmig organisierten Marsch aus ganz Spanien nach Madrid erfolgreich mobilisiert haben. Auf diese Weise sollte auf die krisenbedingten Sparpolitiken deren Folgen für die Bevölkerung aufmerksam gemacht werden.

33 Asamblea beschreibt ein Konzept von Vollversammlungen, das eine möglichst offene Struktur erreichen will, in der alle Teilnehmer_innen gleichermaßen sprachberechtigt sind und in deren Anschluss ebenso alle jede Aufgabe übernehmen können sollten.

einer Rotation unterliegen, sich aber dennoch –mit Diego Cañamero oder Juan Manuel Sánchez Gordillo – ein dominantes Führungspersonal herausbildete (Roca Martínez/Díaz Parra 2013: 873).

Die SAT ist in ihrer eigenen Organisationsstruktur damit im Vergleich zu den Protesten der *marea verde* und der *marea blanca* von einer Integration der sozialen Formen der Bewegung 15M geprägt. Basisdemokratische Vollversammlungen finden nicht jenseits von und ergänzend zu gewerkschaftlichen Strukturen statt, sondern wurden elementarer Bestandteil gewerkschaftlicher Praxis. Folge war ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen Aktivist_innen, die aus politischen Gründen bzw. einer linksradikalen Grundüberzeugung in der Gewerkschaft mitarbeiteten und teils kaum über gewerkschaftliche Erfahrungen verfügten und denjenigen, die über die Gewerkschaft eine kollektive Auseinandersetzungen mit individuellen (betrieblichen) Alltagskämpfen anstrebten. Für die *SAT* resultiert daraus die Gefahr, mehr Bewegung als Gewerkschaft und auf betrieblicher Ebene nicht handlungsfähig zu sein, da zwischen politischer Kampagnenarbeit und gewerkschaftlichem Alltagsgeschäft ein Spannungsverhältnis besteht (vgl. ebd.: 874f.). Für den Erfolg der lokalen Strukturen der SAT waren denn auch weniger die spektakulären und medial erfolgreichen Kampagnen zivilen Ungehorsams relevant, sondern das gewerkschaftliche Alltagsgeschäft. Am erfolgreichsten seien diejenigen Gliederungen, die „auf der Grundlage einer guten Organisation an Alltagsproblemen der Arbeiterklasse anknüpfen“ (Luis Ocaña, Anwalt der SAT zit. nach kaosenlared.net 08.10.2013, Übers.: d. Verf.). Gleichzeitig ermöglichten die Vollversammlungen sowie die Aktionen zivilen Ungehorsams jedoch auch die Entwicklung von Solidarität und „politischen Komplizenschaften“ (Roca Martínez/Díaz Parra 2013: 857).

Hinsichtlich der Erneuerungen gewerkschaftlicher Strategien im Zuge der Krise lassen sich für die SAT vier Aspekte ausmachen. *Erstens* zeigt die SAT, dass eine Internalisierung der für den spanischen Protestzyklus typischen basisdemokratischen Strukturen in die gewerkschaftliche Organisation sich sowohl bezüglich einer Bindung von Mitgliedern an die Gewerkschaft, als auch für die Gewinnung neuer Mitglieder als produktiv erweist. Die Verlagerung der Vollversammlungen von der betrieblichen Ebene – z.B. in Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen – in die Gewerkschaft ist einerseits mit einem politischen Selektionsprozess verbunden (die Bandbreite der innerhalb der SAT vertretenen politischen Positionen ist deutlich geringer als etwa in den Vollversammlungen der *marea blanca*). Andererseits ermöglicht die Anbindung an Organisationsstrukturen eine stärkere Kontinuität. *Zweitens* verweist die hohe gesellschaftliche Anerkennung für die gewerkschaftlichen Aktionen der SAT auf die Möglichkeit, dem Legitimationsverlust der Gewerkschaften durch eine konsequente Annäherung an soziale Bewegungen und lokale Solidaritätsnetzwerke entgegenzuwirken.

Drittens zeigt die SAT exemplarisch Möglichkeiten und Grenzen einer konfrontationsorientierten Gewerkschaftsstrategie auf: Während einerseits mit spektakulären Aktionen zivilen Ungehorsams erfolgreich die sozialen Konsequenzen der Krise thematisiert und eine Normalisierung radikaler Politik vorangetrieben werden konnte, waren die Aktionen andererseits mit hohen Geld- und teilweise Gefängnisstrafen für die beteiligten Aktivist_innen verbunden (vgl. Sanz Alcántara 2013: 37f.). Darüber hinaus gelang der SAT in der Krise zwar eine Integration von Aktivist_innen, eine massenhafte Beteiligung, wie sie die *marea verde* und die *marea blanca* prägte, blieb jedoch aus. *Viertens* schließlich verweist das Beispiel der SAT darauf, dass eine Öffnung von Gewerkschaften gegenüber sozialen Bewegungen in Form eines „radical political unionism“ (Conolly und Darlington 2012: 238) nur begrenzt eine Antwort für betriebliche Herausforderungen der Gewerkschaften bietet.

4. Fazit: Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise am Beispiel Spanien

Als Reaktion auf krisenbedingte Herausforderungen, veränderte politische Rahmenbedingungen und den Protestzyklus 15M, so zeigen die Beispiele der *marea verde*, der *marea blanca* und der SAT, veränderten sich in Spanien gewerkschaftliche Handlungsstrategien: *Erstens* öffneten sich Gewerkschaften gegenüber den sozialen Formen, aber auch den Aktivist_innen sozialer Bewegungen. Das Spannungsverhältnis zwischen Gewerkschaftslogiken und basisdemokratischen Vollversammlungen konnte nicht aufgehoben, aber produktiv gewendet werden. Das zeigt das Beispiel der balearischen *assemblea de docents* oder die wechselseitige Stärkung zwischen gewerkschaftlichen Koordinierungsgremien wie dem Runden Tisch zur Verteidigung der öffentlichen Gesundheitsversorgung (MEDSAP) und basisdemokratischen Strukturen. Wie besonders an deren gewerkschafts-untypischer Organisation von Entscheidungsstrukturen deutlich wird, verweist das Beispiel der SAT demgegenüber auf Möglichkeiten und Grenzen einer Internalisierung von Bewegungen in die Gewerkschaft(en) selbst. *Zweitens* fand im Kontext der Krise eine Ausweitung des Solidaritätsverständnisses der Gewerkschaften statt, indem betriebliche Kämpfe um Arbeitsrechte verstärkt in gesellschaftliche Kämpfe um Gemeingüter wie Bildung oder Gesundheit eingebettet wurden. Als produktiv erwiesen sich kollektive, statusübergreifende Vollversammlungen sowie unkonventionelle Protestformen (u.a. *encierros* und Besetzungen), in denen es gelang, Formen „exklusiver Solidarität“ (Dörre 2013) innerhalb der Belegschaften und über diese hinaus zu überwinden. *Drittens* kam es vermehrt zu gewerkschaftlichen Massenmobilisierungen auf der Straße – von

den Demonstrationen der Mehrheitsgewerkschaften bis hin zu den maßgeblich von der SAT mitinitiierten *marchas*, die dem Problem einer geringen Responsivität des verhärteten Staatsapparateensembles gegenüberstanden. Vor diesem Hintergrund setzten Gewerkschaften *viertens* auf Aktionen zivilen Ungehorsams, durch die es gelang Austeritätspolitik zu diskreditieren und zu unterlaufen – von der Gesundheitsversorgung illegalisierter Menschen durch *Yo Sí Sanidad* über die Nicht-Anwendung des TIL in balearischen Schulen bis zu den Supermarktaktionen der SAT. Im Spannungsverhältnis zwischen Solidarität, Kooptierung und alltäglichen Organisationsprozessen (vgl. Clua-Losada/Horn 2014: 108) gelang es Solidarität in Betrieben und über diese hinaus auszuweiten. Die Kooptierung der Gewerkschaften im Rahmen des sozialen Dialogs wurde tendenziell durch eine stärkere Gemeingutorientierung und Perspektiven der Vergesellschaftung ersetzt und alltägliche Organisationsprozesse wurden über die Lohnabhängigen hinaus ausgeweitet. Der Protestzyklus 15M hat gewerkschaftliches Handeln verschoben – auch das der Mehrheitsgewerkschaften.

Die Neuorientierung von CCOO und UGT schlägt sich bisher nur begrenzt in einer Veränderung grundlegender gewerkschaftlicher Routinen und strategischer Dispositionen nieder. Exemplarisch argumentiert ein Mitarbeiter der CCOO im Interview, dass sich die Gewerkschaften bei einem Angebot seitens der Regierung „blitzschnell an den Verhandlungstisch setzen und möglicherweise die Mobilisierung teilweise deaktivieren“ würden (Interview CCOO, Madrid, 17.07.2012, Übers.: d. Verf.). Inwiefern sich in der Krise Möglichkeiten gewerkschaftlicher Erneuerung eröffnen, hängt in der Folge vor allem davon ab, ob soziale Bewegungen in der Lage sind, eine Protestdynamik zu entfalten bzw. aufrechtzuerhalten und darüber auch Selbstorganisationsprozesse von Beschäftigten auszulösen. Mit der zunehmenden Erschöpfung des Protestzyklus 15M stehen damit auch der gewerkschaftlichen Erneuerung in Spanien schwere Zeiten bevor. Gleichzeitig ist eine Rückkehr zu den dialogorientierten Strategien vor der Krise durch die im Zuge der Austeritätspolitik grundlegend veränderten politischen Spielregeln verstellt. Das Problem einer strategischen Antwort der Gewerkschaften auf die krisenbedingten Herausforderungen bleibt damit (vorerst) ungelöst.

Literatur

- Albo, Gregory (2012): The crisis and economic alternatives. In: Panitch, Leo et al. (Hg.): *Socialist register 2013*, Pontypool: 1-25.
- Baylos, Antonio (2012): *¿Para qué sirve un sindicato?* Madrid.
- Beneyto, Pere J. (2012): Relaciones Laborales y Participación Sindical. In: *Arxius* 16(2): 117-136.
- Clua-Losada, Mònica/Horn, Laura (2014): Analysing Labour and the Crisis. In: *Global Labour Journal* 5(2): 102-113.

- Conolly, Heather/Darlington, Ralph (2012): Radical political unionism in France and Britain. In: *European Journal of Industrial Relations* 18(3): 235-250.
- Dribbusch, Heiner (2011): Organisieren am Konflikt. In: Haipeter, Thomas/Dörre, Klaus (Hg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*. Wiesbaden: 231-263.
- Dörre, Klaus (2013): Prekarität und exklusive Solidarität. In: *Sozialismus* 40(12): 9-18.
- Espinar, Ramón; Abellán, Jacobo (2012): Lo llaman democracia y no lo es. In: *PROKLA* 166. 42(1): 135-149.
- El País (27.5.2012): Las 'reformas 'neoon' de Wert: 'educacion de desastre'.
- Gago, Angie (2013): Los sindicatos mayoritarios españoles, CCOO y UGT, ante la crisis económica: ¿declive o revitalización? <http://revistes.ub.edu>. Zugriff: 27.6.2014.
- Gallo, Pedro; Gené-Badia, Joan (2013): Cuts drive health system reforms in Spain. In: *Health Policy* 113 (1-2): 1-7.
- Gili, Margalida; Roca, Miquel; Basu, Sanjay; McKee, Martin; Stuckler, David (2013): The mental health risks of economic crisis in Spain. In: *The European Journal of Public Health* 23(1): 103-108.
- González Ortega, Santiago (2012): La negociación colectiva en el real decreto-ley de medidas urgentes para la reforma del mercado laboral. In: *Temas Laborales* 115: 85-134.
- Gumbrell-McCormick, Rebecca; Hyman, Richard (2013): *Trade unions in Western Europe*. Oxford.
- Haas, Tobias; Huke, Nikolai (2015): Wohlfahrtsstaat und industrielle Beziehungen im Spanien der Eurokrise. In: Hans-Jürgen Bieling und Daniel Buhr (Hg.): *Wohlfahrtsstaaten und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union – Krisenprozesse und Transformationspfade*. Frankfurt/Main, i.E.
- Kaosenlared.net (08.10.2013): *El SAT inicia una campaña para conseguir la devolución de dinero a los pensionistas*.
- Köhler, Holm-Detlev; Calleja Jiménez, José Pablo (2013): *Die Gewerkschaften in Spanien*. Berlin.
- Köhler, Holm-Detlev; Calleja Jiménez, José Pablo (2014): Spanien: Massenmobilisierungen gegen das Austeritätsdiktat. In: *WSI-Mitteilungen* 67(5): 369-377.
- Legido-Quigley, H.; Otero, L.; Parra, D. I.; Alvarez-Dardet, C.; Martin-Moreno, J. M.; McKee, M. (2013): Will austerity cuts dismantle the Spanish healthcare system? In: *BMJ* 346: 1-5.
- López Vizuet, Moisés (2013): La Asamblea de Docentes de Illes Balears nos enseña el camino. Online verfügbar unter <http://www.rebellion.org>. Zugriff: 2.7.2014.
- Luque Balbona, David (2013): La forma de las huelgas en España, 1905-2010. In: *Política y Sociedad* 50(1): 235-268.
- Pastor Verdú, Jaime (2013): El 15M, las mareas y su relación con la política sistémica. El caso de Madrid. In: *Anuari del conflicte social 2013*: 227-247.
- Precarias A La Deriva (2011): *Was ist dein Streik?* Wien.
- Riutort Serra, Bernat (2014): *La movilización de la educación en las Illes Balears*. <http://revistes.ub.edu>. Zugriff: 16.07.2014.
- Roca Martínez, Beltrán; Díaz Parra, Ibán (2013): *De la tierra a los supermercados*. <http://revistes.ub.edu>. Zugriff: 2.8.2013.
- Sánchez, Juan Luis (2013): *Las 10 mareas del cambio*. Barcelona.
- Sanz Alcántara, Miguel (2013): Bezahlt wird nicht!. In: *Luxemburg* 4(1): 34-39.
- Tietje, Olaf; Zörner, Tinola (2013): Mbarka und Abdelkader lassen nicht locker. In: *ak – analyse & kritik*. Nr. 586 (17.09.2013): 26.